



Platz des Landtags 1 - 40221 Düsseldorf
Tel. 0211-8844422 - Fax 0211-8843628
eMail: fdp-pressestelle@landtag.nrw.de

Pressesprecherin Wibke Op den Akker
Tel. 0211-8844433 und 01776162560

MedienINFO - Sonntag, 18. Januar 2009

Rede zum Neujahrsempfang

Gerhard Papke

Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW

- es gilt das gesprochene Wort -

"Wir Freien Demokraten haben uns das Ziel gesetzt, Nordrhein-Westfalen endlich wieder an die Spitze der deutschen Bundesländer zu bringen. Noch sind wir nicht am Ziel angekommen. Aber wir sind auf dem Weg dorthin.

Was haben wir in den letzten Jahren nicht alles an Polemik gegen unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung erlebt. Gegen die ordnungspolitische Haltung, die unser Handeln bestimmt: "Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat". Wir haben uns davon nicht beirren lassen. Und die Ergebnisse geben uns recht:

Seit Mai 2005 sind in NRW mehr als 370.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstanden. Einen solchen Zuwachs an Arbeitsplätzen hat es seit Jahrzehnten in Nordrhein-Westfalen nicht mehr gegeben. Die Zeiten sind vorbei, als NRW bundesweit als Land der Bremsen und Blockierer verschrien war und Jahr für Jahr beim Wirtschaftswachstum immer nur hinterhergehinkt ist.

Jetzt zahlt es sich aus, dass unser Innenminister Ingo Wolf den Bürokratieabbau so erfolgreich vorantreibt und über 130 Behörden und staatliche Einrichtungen aufgelöst hat.

Jetzt zahlt es sich aus, dass durch Andreas Pinkwart Innovationspolitik zu einem Markenzeichen Nordrhein-Westfalens geworden ist.

Jetzt zahlt es sich aus, dass wir die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand so eingedämmt haben, dass der Staat unseren mittelständischen Betrieben nicht mehr mit unfairen Dumpingpreisen die Aufträge wegnehmen kann.

Unsere Politik für mehr Soziale Marktwirtschaft hat NRW zurück auf die Erfolgsspur gebracht, und deshalb werden wir diese erfolgreiche Politik auch in der Konjunkturkrise mit Entschlossenheit verteidigen. Die Staatsbeteiligung an Privatunternehmen, wie sie dieser Tage in der CDU als mögliches Mittel in der Krise diskutiert wird, ist mit uns nicht zu machen.

Der ordnungspolitische Sündenfall bei der Commerzbank ist schon schlimm genug. Wer immer noch der Auffassung ist, der Staat sei der bessere Banker, den lade ich gerne mal zu einem Informationsabend über die Entwicklung der WestLB ein. Wir haben als FDP über Jahre vor den Risiken bei der WestLB gewarnt und als einzige Partei in NRW den Verkauf der Bank gefordert.

Wenn die anderen auf uns gehört hätten, müsste NRW jetzt nicht die Bank mit Milliardenbürgschaften vor dem Untergang retten, weil ansonsten die gesamte Sparkassenlandschaft mit in den Abgrund gezogen würde.

Wir haben das so genannte Konjunkturpaket II leider einer kritischen Bewertung unterziehen müssen.

Wenigstens ist die Absicht verworfen worden, einen Staatsfonds zur Teilverstaatlichung deutscher Privatunternehmen einzurichten. Umso bedauerlicher ist, dass der Ministerpräsident in der Landtagsdebatte am Freitag diese Idee noch einmal zum Aufwärmen in die Mikrowelle geschoben hat.

Wir wollen und wir werden keine sinnvollen Maßnahmen blockieren. Das ist die klare, gemeinsame Linie der FDP. Aber wer unsere Zustimmung zum Konjunkturpaket möchte, soll uns nicht mit dem Vorschlag volkseigener Betriebe kommen. NRW steht für mehr soziale Marktwirtschaft und nicht für mehr bürokratische Staatwirtschaft. Dabei muss es auch bleiben.

Wir sind in großer Sorge, dass das Konjunkturpaket in seinem derzeitigen Zuschnitt die angestrebte Wirkung nicht erreichen wird. Die Frage ist doch: Ist das Maßnahmenpaket der Bundesregierung 50 Milliarden Euro neue Schulden wert? Diese Frage kann man nur dann mit ja beantworten, wenn aus dem Konjunkturpaket auch wirklich ein Impuls für die Belebung der Binnennachfrage resultiert, um die Wachstumskräfte in einer tiefen Rezession spürbar zu beleben.

Leider kommt das einzige, was einen solchen schnellen Konjunkturimpuls wirklich bewirken könnte, in dem Paket viel zu kurz: Eine spürbare Entlastung der Steuerzahler, die den privaten Konsum stimuliert. 3 Milliarden Euro Steuerentlastung sollen es in diesem Jahr werden. Für einen Arbeitnehmer mit einem durchschnittlichen Einkommen von gut 28.000 Euro macht das nach Auskunft des

Bundesfinanzministeriums in diesem Jahr knapp 9 Euro Steuerentlastung im Monat aus.

Dazu hat der Ministerpräsident im Landtag gesagt, für eine 4-köpfige Familie mit einem Bruttoeinkommen von 36.000 Euro gäbe es in diesem Jahr eine Entlastung von 427 Euro, also fast 36 Euro im Monat. Das sei doch für eine Familie schon ein erheblicher Betrag.

Das macht inklusive einmaligem Kindergeldbonus ebenfalls weniger als 9 Euro pro Kopf. Und das ist dieselbe Familie, der Union und SPD durch ihre 19 Steuererhöhungen seit 2005 monatlich über 130 Euro von ihrem verfügbaren Einkommen genommen haben.

Erwartet irgendetwas, dass diese Menschen jetzt loslaufen und die Binnennachfrage ankurbeln, weil sie ein paar Euro von dem zurückbekommen, was ihnen die Große Koalition vorher aus der Tasche gezogen hat? Die Wahrheit ist: die Entlastung der Steuerzahler ist zu gering, damit das Konjunkturpaket wirken kann, und deshalb muss nachgebessert werden.

Was aus unserer Sicht auf die Tagesordnung gehört, ist die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Die neuen Länder haben sich hervorragend entwickelt, mit hohen Wachstumsraten und ausgeglichenen Haushalten. Die haben eine Infrastruktur, von der manche Regionen bei uns im Westen nur träumen können. 20 Jahre nach der Einheit muss Schluss mit dem Soli sein, die 13 Milliarden Euro gehören wieder in die Taschen der Bürger.

Wir werden im Übrigen in der Konjunkturkrise nicht den Fehler machen, das Thema Bildung zu vernachlässigen.

Wir haben in NRW in den letzten Jahren in der Bildungspolitik viel erreicht. Aber wir werden als FDP in der Schulpolitik in diesem Jahr verstärkt darauf achten, dass unsere Reformen noch besser in der schulischen Realität wirksam werden.

Dazu haben wir in den letzten Wochen konkrete Vorschläge unterbreitet. Zum Beispiel mit einem Konzept für Hausaufgabenbetreuung als Bestandteil des regulären Unterrichts, damit die Kinder im verkürzten 8-jährigen Bildungsgang an den Gymnasien mit dem verdichteten Unterrichtsstoff nicht alleingelassen werden.

Oder mit unserem Vorschlag, das Landesprogramm für den Ausbau von Ganztagschulen flexibler zu gestalten, damit möglichst viele Schulen davon profitieren können. Deshalb muss es möglich werden, nicht nur ganze Schulen, sondern auch einzelne Klassen im Ganztagsbetrieb anzubieten. Dann können bis 2010 auch deutlich mehr als die bisher geplanten 216 Gymnasien und Realschulen Ganztagsbetreuung anbieten.

Und es muss aus unserer Sicht zudem möglich sein, dass Zeugniskonferenzen zweimal im Jahr nicht während der Unterrichtszeit, sondern nachmittags stattfinden. Das sind wir den Kindern schuldig.

Wir sind angetreten, um den Unterrichtsausfall zu bekämpfen. Dazu haben wir 7000 zusätzliche Lehrer eingestellt. Es ist uns gelungen, den Unterrichtsausfall um mehr als die Hälfte zu reduzieren. Das ist ein Glanzpunkt in der Erfolgsbilanz unserer Landesregierung. Deshalb werden wir als Koalitionspartner FDP dafür kämpfen, dass auch in Zukunft keine Stunde Unterricht an unseren Schulen unnötig ausfällt. Denn das ist die Grundvoraussetzung dafür, wieder zum Bildungsland Nr. 1 zu werden."